

## Urbane Entwicklungen

**Schwerpunkt: Belém unterwegs zur COP30 – was die lokale Bevölkerung davon hat**

Von Uta Grunert

### Inhalt

#### Aktuelles aus Brasilien

- 1.1. Risikogebiete und ihre Anpassungen an den Klimawandel – Rio de Janeiro.....Seite 3
- 1.2. Streit ums Öl: Armut bleibt – trotz Einnahmen aus dem Erdölgeschäft.....Seite 3
- 1.3. Ein Plebiszit für Steuergerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit.....Seite 5
- 1.4. Wohnungsmangel in Fortaleza betrifft 82.000 Familien.....Seite 6
- 1.5. Ohne Dach und ohne Grenzen: ein Migrant\*innentreffen der MTST.....Seite 7
- 1.6. Tarifa Zero – Gratisticket im Öffentlichen Nahverkehr.....Seite 7

**Schwerpunkt: Belém unterwegs zur COP30 – was die lokale Bevölkerung davon hat.....Seite 9**

**Aktuelles aus der Brasiliensolidarität in Europa.....Seite 11**

Gefördert durch:

**Brot** mit Mitteln des  
für die Welt Kirchlichen  
Entwicklungsdienstes

# 1. Aktuelles aus Brasilien

## 1.1. Risikogebiete und ihre Anpassungen an den Klimawandel – Rio de Janeiro

Brasilien wird immer urbaner. Die Daten des neuesten Zensus von 2022 vom brasilianischen Geografie und Statistikinstitut IBGE belegen, dass 87% der Bevölkerung in urbanen Zentren des Landes lebte. Die Tendenz ist steigend gegenüber der vorherigen Befragung. Auch Binnenmigration trägt zu diesem wachsenden Druck auf die Städte bei. In der Vergangenheit hat man sich von einem Leben in der Stadt mehr Teilhabe und bessere Arbeitsmöglichkeiten versprochen. Heute müsste eigentlich eine Gegenbewegung einsetzen, denn wegen der Klimawandelfolgen erweisen sich viele städtische Wohnsituationen heute als Hochrisikogebiete. Für die Stadtregion Rio de Janeiro zeigt dies deutlich das Kartenmaterial des Projekts Rio 60°C<sup>1</sup>. Sie bezeichnet die Stadt als eine Klimabombe, die mit den global steigenden Temperaturen und Starkregenereignissen hochzugehen droht und viele Menschenleben kosten wird. Nach geologischen Untersuchungen des brasilianischen geologischen Dienstes sind aktuell 18% des Stadtgebiets von Hangrutschungen bedroht. 70.000 Wohnungen bieten ihren Bewohner\*innen keine Sicherheit, 10.000 leben mit einem derzeit hohen Risiko. Städtebaulich ist das eine Katastrophe für viele Menschen, denn es bedeutet, dass sie ihre zentrale Wohnlagen verlassen müssten, um sich in sichereren Gebieten in der Peripherie der Metropolregion anzusiedeln. Sie würden nicht nur ihre Häuser, sondern auch den günstigen Zugang zu Arbeit im Zentrum der Stadt verlieren. Für viele Menschen ist das völlig unrealistisch, also leben sie weiterhin auf dem Pulverfass.

An verschiedenen der Risikoorte hat die Stadtverwaltung seit 2011 mit einem Vorsorgeprogramm reagiert und Warnsirenen aufgestellt sowie Fluchtwege ausgewiesen. Allerdings ist der Zustrom in die Stadt so groß, dass noch nicht alle vom Klimawandel bedrohten Areale erreicht werden konnten. Besonders der Westen der Stadt, in dem laut Volksbefragung die meisten Menschen leben, wächst, ohne dass die Stadt die nötige Infrastruktur baut. Hier fehlen Frühwarnsysteme und eine Vorbereitung auf den Klimawandel. Das Programm Rio 60°C hat zudem einen Zehnpunkteplan erarbeitet, über den Vorsorge für die zu erwartende Katastrophe getroffen werden soll: Schutzräume für Menschen, die ihr Zuhause verloren haben, Wetterstationen an Risikoorten zur Vorhersage von problematischen Wetterereignissen, Trainings und Bewusstseinsbildung für die Bevölkerung, Baumpflanzungen und Einsatz von Konzepten wie das der 'Schwammstadt'<sup>2</sup> sollen zur besseren Drainagesituation von Städten wie Rio de Janeiro beitragen.

Auf dem Runden Tisch Brasilien erwarten wir eine Vertreterin von Habitat para a Humanidade, die in ihrem Artikel (siehe *Brasilicum* 277/78) klarstellt, dass kein Mensch freiwillig dauerhaft in einem Hochrisikogebiet lebt. Dass es sich hier häufig um Umweltrassismus handelt, da die Menschen, die dort prekär gebaut haben, häufig schwarz sind und bereits von anderen Orten im Land vertrieben wurden. Nun drohen sie wieder alles zu verlieren, was sie sich aufgebaut haben und Opfer eines Klimawandels zu werden, den vor allem die Industrieländer und damit Wohlstandsgesellschaften wie unsere zu verantworten haben.

## 1.2. Streit ums Öl: Armut bleibt – trotz Einnahmen aus dem Erdölgeschäft

In früheren Präsidentschaften Brasiliens wurde der Diskurs lanciert, man nutze die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft des halbstaatlichen brasilianischen Erdölkonzerns Petrobras, um staatliche

---

<sup>1</sup> <https://rio60.ambiental.media/pt/>

<sup>2</sup> Das Konzept der Schwammstadt beinhaltet, dass Städte von Stadtplaner\*innen so zu gestalten sind, dass sie Regenwasser wie ein Schwamm aufnehmen und speichern können, anstatt es schnell abzuleiten. Oberflächenentsiegelung, Grünflächen mit Versickerungsgräben, Begrünung von Dächern, Bauminseln, etc.

Aufgaben wie Bildung und Regionalentwicklung zu finanzieren. Die Petrodollars kämen direkt der lokalen Bevölkerung zu Gute, würden genutzt, um in kleineren Städten den sozialen Fortschritt zu finanzieren und die Armut zu bekämpfen. Die Erzählung hält sich, aber die Realität sieht anders aus.

Eine Reportage der Agência Pública<sup>3</sup> von Anfang August beleuchtet die sozioökonomische Situation in fünfzehn Städten der Bundesstaaten Espírito Santo, Rio de Janeiro und São Paulo. Sie haben seit 1999 150 Mrd. Reais oder 95.000 Reais pro Einwohner\*in (gut 15.000 Euro) aus dem Erdölgeschäft erhalten, aber die Indikatoren für Armut, Gesundheitsversorgung, Bildungsangebote sowie Wasserversorgung und Arbeitsmöglichkeiten bleiben miserabel. Für diese Aussage wurden Daten der Plattform InfoRoyalties der Universität Candido Mendes (UCAM) ausgewertet. Dort finden sich Daten über städtische Einnahmen aus den so genannten Royalties, also Lizenzgebühren, die Petrobras an den brasilianischen Staat oder andere Eigentümer von Ölfeldern leisten muss. Außerdem hat Agência Pública Daten der Plattform FGV Municípios genutzt, die Daten über die Bevölkerungsstruktur auf Basis der Volkszählung von 2022 bereit stellt.

Es gilt also, eine Falscherzählung zu revidieren, da Erdölförderung nachweislich keine der lokalen Probleme lösen konnte. Im Gegenzug hat die Korruption zugenommen. Es wurde wenig in strukturbildende Maßnahmen investiert, die eine längerfristige Perspektive eröffnen könnten und in der Lage wären, eine spätere Unabhängigkeit von den umweltschädlichen Einnahmen aus dem Erdölgeschäft zu erzielen.

Bei den internationalen Klimaverhandlungen COP30 in Belém ist eine der dringendsten Erwartungen, den Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energien (Kohle, Erdöl und Erdgas) genauer zu definieren, da deren Verbrennung unter anderen für die globale Erwärmung ursächlich sind. Von Brasilien als Gastgeberland könnte man an dieser Stelle erwarten, dass es hier beispielhaft vorgeht. Allerdings lassen die Versteigerung von Lizenzen am Äquatorrand inklusive der Amazonasmündung die innere Zerrissenheit der brasilianischen Politik erkennen.

Der starke politische Druck zeigt Wirksamkeit und tendenziell soll Petrobras in den kommenden Monaten die Lizenz für das umstrittene Feld 59 in der Amazonasmündung erhalten, entgegen aller Mahnungen von Umweltschützer\*innen und Fachpersonal. Die Petrobras würde mit 16 Bohrplattformen entlang von 2.200 km Küstenlinien das Öl aus der Tiefe holen. Das Projekt soll die Küste zwischen Amapá und Rio Grande do Norte betreffen. Das brasilianische Bundes-Umweltamt Ibama hat zuletzt den Notfallplan genehmigt, den Petrobras vorlegen musste. Aber alle Notfallszenarien können nicht darüber hinwegtäuschen, dass extrem vulnerable Naturräume wie Mangrovenwälder, Auwälder und Strände dauerhaft zerstört würden, wenn es zu Unfällen käme. Und dass viele Menschen in der Region direkt vom Meer und seiner Unversehrtheit abhängen.

19 Felder in der Mündung wurden bereits versteigert, während in Deutschland die Vorbereitungskonferenz auf die COP30 stattfand. Schon 2023 hatte die Agência Pública errechnet, dass durch die Verbrennung der geschätzten Erdölmengen in der neu erschlossenen Préal-Region zwischen 4 und 13 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre gelangen würde. Dieser immense Ausstoß würde alle Bemühungen durch Einsparungen über den Null-Entwaldungsplan zunichtemachen und es wäre unwahrscheinlich, dass Brasilien so seine Klimaziele aus dem Pariser Klimaabkommen einhalten könnte.

---

<sup>3</sup> <https://apublica.org/2025/08/nas-cidades-campeas-em-royalties-de-petroleo-gasta-se-muito-mas-pobreza-persiste/>

### 1.3. Ein Plebiszit für Steuergerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit

Die Bewegung der Arbeiter\*innen und Arbeiter, die für ihre Rechte kämpfen (MTD) ist eine nationale soziale Bewegung, die sich aus den Kämpfen in den Peripherien großer Städte entwickelt hat. Sie lebt von einer Basis der selbstorganisierten Arbeiter\*innenschaft in Stadtvierteln, Favelas und Besetzungen. Die Bewegung setzt sich für politische Bildung und den Kampf um Rechte ein. Ihre Ziele sind das Recht auf Wohnen, der Kampf gegen jede Art von Gewalt gegen Frauen und Rassismus, das Recht auf Arbeit, Ernährungssouveränität, Kultur und Gesundheit. Das MTD schreibt monatlich für Brasil de Fato die Kolumne: „Die Stadt gehört uns“.<sup>4</sup> Der Anwalt Pablo Bandeira schreibt darin über mehr Steuergerechtigkeit und den Sinn einer Volksabstimmung darüber.

Vor etwas mehr als zehn Jahren, am 1. Juni 2015, verkündete Präsidentin Dilma Rousseff das „Gesetz für Hausangestellte“, das Sozialschutz, Anerkennung und Rechte für diese Gruppe von etwa sechs Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Brasilien garantierte. Dies war vielleicht die letzte Errungenschaft im Bereich der Arbeitnehmer\*innenrechte in den letzten zehn Jahren. Seither wurde das Gesetz zum Schutz der Arbeiter\*innenschaft demontiert.

Laut Statistikinstitut IBGE blieb das Arbeitseinkommen praktisch stagnierend, wenn man die historische Reihe der kontinuierlich durchgeführten Nationalen Haushaltsumfrage (PNAD) betrachtet: Im Dezember 2014 betrug das monatliche Einkommen 3.120 R\$. Im Dezember 2024 lag der Wert bei 3.225 R\$. Ebenfalls laut IBGE, das den nationalen Verbraucherpreisindex (IPCA) berechnet, belief sich die Inflation im Zeitraum von 2015 bis 2024 auf insgesamt 57,79 %, was zur Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse beitrug. Das traf jedoch nicht auf alle Teile der Bevölkerung zu. Laut einem Bericht der Schweizer Bank UBS gab es allein im Jahr 2024 in Brasilien 19 neue Milliardäre, was einem Anstieg von 33 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Eigentümer großer Unternehmen wie Facebook, Banco Safra, Ambev, Itaú Unibanco, BTG Pactual und O Boticário stehen an der Spitze der Liste der zehn reichsten Brasilianer. Gleichzeitig gibt es Anzeichen für einen Wandel in diesem Szenario. Nach einer für die Arbeiterschaft schwierigen Phase von 2015 bis mindestens 2022, hat die dritte Amtszeit von Präsident Lula der Arbeiterklasse neuen Auftrieb gegeben, sich für soziale Gerechtigkeit und Steuergerechtigkeit einzusetzen. Auf Initiative der Zivilgesellschaft hat die Infragestellung der 6-Tageweche den historischen Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit wiederbelebt, die heute in Brasilien bis zu 44 Stunden pro Woche betragen kann. Diese Veränderung geht Hand in Hand mit einer anderen, ebenso wichtigen politischen Agenda, nämlich der Befreiung von der Einkommensteuer für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die heute bis zu 5.000 R\$ verdienen, oder der Senkung des Steuersatzes für diejenigen, die bis zu 7.000 R\$ verdienen.

Der Vorschlag wurde laut Minister Fernando Haddad im November 2024 vom Finanzministerium vorgelegt und könnte bis zu 90 Millionen Menschen betreffen. Um jedoch ein Gleichgewicht herzustellen, muss dies mit einer Besteuerung der Reichsten einhergehen, die derzeit keine Steuern auf Gewinne und Dividenden aus Erträgen am Aktienmarkt zahlen. Das heißt, um Steuergerechtigkeit zu erreichen, müssen die Reichen die Rechnung bezahlen, die derzeit proportional von den Ärmsten getragen wird. Um zu einer Veränderung dieser Situation beizutragen, haben Basisbewegungen ein Referendum der Basis vorgeschlagen.

Der Vorschlag wurde am 1. Juli lanciert. Er sieht vor, eine große Basisbewegung zur Verteidigung der Verkürzung der Arbeitszeit, der Abschaffung des 6-Tageweche, der Befreiung von der Einkommensteuer für Personen mit einem Einkommen von bis zu 5.000 R\$ und der Besteuerung der Superreichen zu bilden. Die Aktivitäten spitzen sich vom 1. bis 7. September zu, wenn die

---

<sup>4</sup> <https://www.brasildefato.com.br/colunista/movimento-de-trabalhadoras-e-trabalhadores-por-direitos/2025/07/31/justica-social-e-tributaria-so-com-participacao-e-protagonismo-popular/>

Stimmenauszählung endet. Dieses Instrument wurde bereits mehrfach erfolgreich eingesetzt, beispielsweise 2002, als es dazu beitrug, den Vorschlag zur Freihandelszone der Americas (FTAA) zu verhindern.

Gemeinsam sollen die Menschen aus den Peripherien in die Mitbestimmung einbezogen werden. Die Arbeiterbewegung wirbt landesweit für die Abstimmung.

#### **1.4. Wohnungsmangel in Fortaleza<sup>5</sup> betrifft 82.000 Familien**

Die großen Städte im Nordosten wachsen und bezahlbarer Wohnraum ist knapp. So auch in Fortaleza im Bundesstaat Ceara. Zwar gibt es politische Bewegung im sozialen Wohnungsbau, dennoch leben 41% der Bevölkerung von Fortaleza unter prekären Bedingungen auf engstem Raum, sie haben nur 11% des städtischen Territoriums zur Verfügung.

Laut Aussagen des Sekretärs der Wohnungsbaugesellschaft Habitafor läuft die Raumplanung und Bereitstellung von Baugrund, bis 2028 soll 40.000 Familien in der Hauptstadt von Ceara ein Wohnen in Würde ermöglicht werden. In Ceara ist das für viele Familien immer noch ein Traum, trotz der Ausweitung von sozialen Wohnungsbauprogrammen wie Minha Casa, minha vida oder dem Programm Entrada Moradia, die das Wohnungsdefizit verringern sollen.

Laut Renato Pequeno von der Bundesuniversität Ceará, der Untersuchungen zu Wohnraum leitet leben in Fortaleza mindestens 82.000 Familien in defizitärer Situation, obwohl die Verfassung das Recht auf Wohnen für jeden Menschen garantiert. 45% dieser Gruppe teilt sich Wohnraum mit einer anderen Familie und fast 40% geben dennoch mehr als 30% des Familieneinkommens für Miete aus. Als defizitäre Wohnsituation gelten (zwangsweise) geteilter Wohnraum ohne Privatsphäre, provisorisches Baumaterial und überbezahlte Mieten. Gleichzeitig ist eine defizitäre Wohnsituation für so viele Menschen ein Zeichen für fehlende Effektivität der zuständigen Politik. Laut Aussagen des Wissenschaftlers wäre die Situation noch gravierender, wenn die Bevölkerung nicht so viel Eigeninitiative zeigen würde oder auch freie Flächen besetzt würden.

Beim Wohnungsdefizit muss zwar ein quantitativer Mangel und ein qualitativer Mangel unterschieden werden, aber insgesamt sind 200.000 Menschen beim Amt für Wohnungssuche eingeschrieben. Die Schwierigkeit liegt bei einem städtebaulichen Schwerpunkt von Wohnungsbau ohne Sozialverpflichtung, bei der Landkonzentration, fehlender inklusiver Stadtplanung und der großen sozialen Ungleichheit. Im sozialen Wohnungsbau sei der Staat außerdem in der Pflicht über den reinen Hausbau hinaus die Infrastruktur mit zu planen und bereitzustellen. Gesundheitsversorgung, Bildungszugang, Straßenbefestigung und öffentlicher Nahverkehr sind essentiell für die Bewohner\*innen.

Aktivist\*innen weisen darauf hin, dass Landbesetzungen in der Stadt ein Mittel darstellen, um die Politik wachzurütteln. Besetzungen in der Stadt seien das einzige Mittel, um gegen Immobilienspekulation und die Verdrängung der ärmeren Bevölkerung in die Peripherie ohne Infrastruktur anzugehen. Häufig ergeben sich aus diesen Besetzungen Verhandlungen mit städtischen Stellen und nach und nach wird die fehlende Infrastruktur erkämpft.

Das Problem sei mit der Pandemie eskaliert, sagt der Sekretär der örtlichen Wohnungsbaugesellschaft Habitafor. Die Wohnungsentwicklungsgesellschaft habe seit ihrer Gründung zu Beginn des Jahres 3.000 neue Wohnungen vertraglich angeschoben – sie sollen bis 2026 fertiggestellt sein. An anderer Stelle seien über 350 Wohnungen qualitativ aufgewertet worden. Ziel

---

<sup>5</sup> <https://www.brasildefato.com.br/2025/06/09/deficit-habitacional-em-fortaleza-atinge-82-mil-familias/>

sei es jedoch, bis 2028 40.000 Menschen einen sicheren und adäquaten Wohnraum anbieten zu können.

### **1.5. Ohne Dach und ohne Grenzen: ein Migrant\*innentreffen der MTST**

Weltweit geht man derzeit von 281 Millionen Migrant\*innen aus. 4,9 Millionen davon sind Brasilianer\*innen, die im Ausland leben. Umgekehrt hat die Volkszählung 2022 ergeben, dass über eine Million Personen anderer Nationalitäten in Brasilien leben. Vermutlich liegen die wahren Zahlen noch deutlich höher. Die Struktur der Herkünfte hat sich seit den 1920er Jahren, als überwiegend europäische Einwanderer\*innen nach Brasilien kamen, stark verändert. Heute kommen noch 20% der Migrant\*innen aus Europa, über 60% kommen aus anderen Ländern Lateinamerikas oder der Karibik.

Um Erfahrungen und Wissen der Migrant\*innen auszuwerten und zu nutzen, hat die Bewegung der wohnungslosen Arbeiter\*innen MTST 2024 das Forschungszentrum Centro Popular de Pesquisa (CPP) gegründet. Hier fließen nun Erfahrungen aus Cuba, Venezuela und Haiti ein. Als Startevent wurde im Mai das erste Migrant\*innentreffen der MTST organisiert. Es nahmen Migrant\*innen aus Bolivien, Kolumbien, Haiti, Nigeria, Paraguai, Peru und Venezuela teil. Die 50 Teilnehmenden sind alle an verschiedenen Besetzungen in São Paulo beteiligt. Es wurde klar, dass es einheitliche Forderungen nach Rechten, wie der Anerkennung von Berufsqualifikationen aus dem Ausland und einen gemeinsamen Kampf gegen Xenophobie und Rassismus gibt. Aber auch ein breites Spektrum an Kompetenzen, die in der MTST Gemeinschaft zur Anwendung kommen, sei es durch Sprachunterricht, internationale Küche für die Solidarküchen oder technische Fähigkeiten beim Wohnungsbau. Die Gruppe spricht sich für eine Stadt aus, die pluralistisch, vielfältig, solidarisch und von einem basisorientierten Internationalismus geprägt ist.

### **1.6. Tarifa Zero – Gratisticket im Öffentlichen Nahverkehr**

Aus der Recht-auf-Stadt-Perspektive wäre die Einführung eines kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs für die Allgemeinheit nicht nur wünschenswert, sondern ein politisches Instrument gegen soziale Ungleichheit und sozialräumliche Segregation. Passend zur Konferenz über öffentlichen Nahverkehr und Zugang zu Gesundheitsversorgung, die im Juni in Mariana, Mato Grosso stattgefunden hat, wurde eine Textsammlung zum Thema kostenfreier Nahverkehr (Tarifa zero universal)<sup>6</sup> in der Zeitschrift Políticas Públicas & Cidades herausgebracht.

In vielen Städten Brasiliens muss für jeden Verkehrsabschnitt im öffentlichen Nahverkehr ein eigenes Ticket gelöst werden. Außerdem gibt es für bestimmte Strecken Transportsysteme, die schneller sind und einen höheren Preis pro Fahrgast verlangen, als das herkömmliche Bussystem. Das führt dort zu weniger vollen Zügen oder Bussen, da die große Mehrheit sich den schnelleren Transport nicht täglich leisten kann, selbst wenn er Teil des Arbeitswegs bedeutet. Die übrigen Systeme sind so angelegt, dass der Verdienst der Unternehmer mit der Fahrgastzahl und Anzahl der Tickets steigt. Das führt dazu, dass die Busunternehmen darauf achten, möglichst voll zu werden unabhängig davon, ob sie den Fahrplan genau einhalten können. Wer es sich leisten kann, fährt Auto und steigt aus der teuren und häufig schlechten ÖPNV Versorgung aus. Dies führt allerdings zu Stoßzeiten zu Staus und einer heftigen Umweltverschmutzung durch Abgase. Die Transportsituation in großen Städten führt in der Bevölkerung zu großer Unzufriedenheit und bei Fahrpreiserhöhungen wie 2013 kann ein Flächenbrand an Protesten entstehen.

---

<sup>6</sup> <https://journalppc.com/RPPC/article/view/2179>

Erste Erfahrungen mit einem Gratisticket gab es in Brasilien bereits 1992 in Conchas, einer Kleinstadt im Inneren von São Paulo. Ende 2024 beteiligen sich 117 Gemeinden mit einzelnen ÖPNV Angeboten an der Nulltarifpolitik. Von diesem Angebot profitieren etwa 56.951 Personen. Die Pandemie hat dazu geführt, dass 79 Städte sich dem Konzept anschlossen haben und es seither beibehalten haben. Die Pandemie führte zu einem Umdenken der Verwaltungen, da sie innerhalb von zwei Jahren zu einem erheblichen Rückgang der Fahrgastzahlen im öffentlichen Nahverkehr führte und die Stadtverwaltungen dazu zwang, nach Alternativen zu suchen, um den Busverkehr durch Teil- oder Vollsubventionen aufrechtzuerhalten. In diesem Zusammenhang haben viele Städte die Erhebung von Fahrpreisen ausgesetzt und die Finanzierung durch Fahrkarten auf andere Finanzierungsalternativen umgestellt, die die Bevölkerung von der Zahlung befreien. Untersuchungen haben ergeben, dass an diesen Orten die Nachfrage nach Busfahrten deutlich gestiegen ist. Das erscheint konsequent, aber das Instrument hat noch andere Auswirkungen: Arzttermine im öffentlichen Gesundheitssystem werden weniger oft verschoben. Verkehrsunfälle gehen zurück, die Umsätze im lokalen Handel steigen und damit verbunden ggf. lokale Steuereinnahmen. An einzelnen Orten wurden positive Auswirkungen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine Verkürzung der Fahrzeiten festgestellt. Positive Effekte auf das Familieneinkommen wurden wahrgenommen.

Inzwischen sind auch Großstädte an der Umsetzung beteiligt. Caucaia in Céara ist mit 355.600 Einwohner\*innen die bevölkerungsreichste Stadt, die am Projekt Tarifa Zero mitmacht. Es ist erwähnenswert, dass es derzeit 136 brasilianische Städte gibt, die diese Politik verfolgen. 117 verfolgen den Universaltarif, während 19 Gemeinden an bestimmten Tagen oder für bestimmte Begünstigte oder auf bestimmten Linien und in bestimmten Stadtteilen einen Nulltarif gewähren, wie beispielsweise in Belo Horizonte (BH), São Paulo (SP) und Florianópolis (SC). Brasilien ist zudem auf internationaler Ebene das Land mit der größten Anzahl von Städten, die die Politik des universellen Freifahrtscheins eingeführt haben.

Die Finanzierung des kostenlosen Nahverkehrs verfügt nicht über ein einheitliches Modell für die Umsetzung dieser Politik und deren Finanzierung. Es gibt Gemeinden wie Maricá (RJ), die aufgrund ihrer Erdölvorkommen einen Haushaltsüberschuss haben und keine Schwierigkeiten hatten, eine vollständige Subventionierung des Tarifs zu beschließen. Kleine Städte mit weniger als 25.000 Einwohnern weisen darauf hin, dass die Instandhaltung des Verkehrsnetzes keine negativen Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt hat und die Netze in der Regel einfach und klein sind. Caucaia (CE) hat ein anderes Modell für die Umsetzung definiert und betrachtet die Fahrgäste nicht mehr als Kostenfaktor, sondern als Einnahmequelle. Auf diese Weise erhalten die Verkehrsunternehmen von der Stadtverwaltung eine Vergütung pro gefahrenem Kilometer und nicht mehr pro Anzahl der Fahrten. Die Gruppe der Wissenschaftler\*innen und Aktivist\*innen, die das Thema begleiten, haben eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet, wie der kostenlose ÖPNV auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene finanziert werden kann. Dazu gehören Steuerabgaben in Verbindung mit der Grundsteuer, wobei die Anzahl der Parkplätze, die Größe der Immobilie berücksichtigt würden. Besteuerung von Benzin wäre ein weiterer Vorschlag, sowie die Besteuerung von Parkplätzen und Bußgeldern. Derzeit liegt der Kommission für Verfassung, Justiz und Bürgerschaft ein gemeinsam von Organisationen der Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen erarbeiteter Verfassungszusatz (PEC) zur Beratung vor.

## 2. Schwerpunkt: Belém unterwegs zur COP30 – was die lokale Bevölkerung davon hat

Mit Stolz hat Präsident Lula die Weltklimakonferenz 2025 nach Belém ins brasilianische Amazonasgebiet geholt. Sie finden vom 10.-21. November statt, vorgeschaltet soll das Treffen der Staatsechfs abgehalten werden. 50.000 Teilnehmende werden erwartet. Da der Schutz der verbleibenden (Regen)Wälder der Erde eine der zu verhandelnden Strategien zur Rettung des Weltklimas ist, scheint dieser Ort nur konsequent. Zumal viele der Bewohner\*innen des Amazonasgebiets selbst gehört werden wollen, ehe die Mächtigen der Welt über ihre Köpfe und Territorien hinweg im Kampf gegen den Klimawandel Politik machen.

Die Millionenstadt Belém im Bundesstaat Pará ist durchaus erprobt in der Ausrichtung von Großevents. Allerdings waren das Weltsozialforum 2009, die Fußball-WM 2014, das Panamazonische Sozialforum FOSPA 2022 und andere Mega-Events im Vergleich zur UN-Klimakonferenz COP30 wohl eher kleinere Veranstaltungen bzw. konnten sie niederschwelliger durchgeführt werden. Und zumindest haben alle diese Veranstaltungen nicht zu nachhaltigen städtebaulichen Verbesserungen für die lokale Bevölkerung geführt. Ist die Stadt also nur Kulisse für ein Spektakel, das einige Wochen andauert, für erhöhte Medienpräsenz und Schlagzeilen sorgt und vermutlich wenig konkrete Ergebnisse liefert? Was bedeutet dies für die lokale Bevölkerung? Die Politik hat zunächst für eine einmalige Möglichkeit geworben, als Gastgeber an einer weltweiten Veranstaltung mitzuverdienen. Entsprechend reagiert der Teil der Bevölkerung positiv auf das Megaevent, der sich Verdienstmöglichkeiten ausmalt. Inzwischen sind die Mieten eines Hotelzimmers auf 700 US\$ pro Nacht hochgeschwollen, was mehr als eine Verdoppelung gegenüber Preisen bei früheren COPs darstellt. Manche Bewohner\*innen vor Ort erwarten also satte Mieteinnahmen für ihre zur Verfügung gestellten Zimmer oder Häuser. Und einige Delegationen kleinerer Staaten haben im Gegenzug bereits den Rückzug aus den Klimaverhandlungen angekündigt, weil sie nicht bereit sind, diesen Wucher zu zahlen.

Gleichzeitig gibt es Berichte über Bewohner\*innen von Belém, die durch die städtischen Vorarbeiten von Vertreibung aus ihrem prekären Umfeld bedroht sind, oder denen man so geringe Entschädigungen angeboten hat, dass sie sich kein vergleichbares Wohnen an anderer Stelle in der Stadt leisten können. Das Nachrichtenportal Agência Pública<sup>7</sup> berichtet von Anwohner\*innen des Viertels Guamá, das nördlich des Universitätsgeländes der Universidade Federal do Pará (UFPA) liegt, einem der zentralen Veranstaltungsorte des Gipfels der Zivilgesellschaft *Cúpula dos Povos*. Eine Anwohnerin lebte dort seit über 20 Jahren in ihrem Haus an dem Belém querenden Kanal Tucunduba, nun musste sie der Räumung zustimmen. Hintergrund ist ein groß angelegtes Projekt zur Oberflächenwasserregulierung (Macrodrainage) der Entwicklungsbank BNDES, das vom Amt für Öffentliche Infrastruktur SEOP umgesetzt werden soll<sup>8</sup>. Es wird als das entwicklungspolitische Erbe der COP30 für die lokale Bevölkerung von Belém verkauft und wirbt mit einer Anzahl von Arbeitsplätzen, die im Bereich Wasserregulierung/Abwasserentsorgung geschaffen werden sollen. Langfristig womöglich ein gutes Vorhaben, in der Umsetzung für viele erst Mal eine Katastrophe. Anwohner\*innen der Kanäle Caraparu, Tucunduba und Lago Verde sind den Umgang mit Überschwemmungen gewohnt. Das Projekt umfasst 11 Kanäle, an den ersten hat die Stadtverwaltung nun Zwangsumsiedelungen von Familien angeordnet, die seit Jahrzehnten in Risikogebieten für Überschwemmungen und Hochwasser leben. Nachdem die Bewohner\*innen der Umsiedlung zugestimmt hatten, dauerte es zwei Monate, bis die Entschädigung ausgezahlt wurde. Am Ende blieben ihnen fünf Tage für die Räumung ihrer Häuser. Die Entschädigung beläuft sich auf 41.000 Reais (6.400 Euro), nicht genug für eine Ersatzwohnung an vergleichbarer Stelle im Stadtzentrum. Die Bewohner\*innen beklagen nun, dass die vorgegebene

<sup>7</sup> <https://apublica.org/2025/08/belem-obras-da-cop30-deixam-familias-sem-casa/>

<sup>8</sup> <https://cop30.br/en/news-about-cop30/macrodrainage-is-dignity-the-legacy-of-cop30-constructions-for-belem>

städtische Fürsorge auch beinhalte, ihnen adäquaten Ersatzwohnraum bzw. Entschädigung für solchen anzubieten. Alles andere sei die Verletzung von Menschenrechten. Sie müssen sich nun an Orten ansiedeln, die neue Verletzlichkeiten mit sich brächten. Der Argwohn der Flussanwohner\*innen ist berechtigt, wird doch die Abwasserregulierung von Belém seit 30 Jahren versprochen, unterbrochen, erneut aufgenommen, ohne zu spürbaren Verbesserungen gekommen zu sein. Sie sehen in der Maßnahme ein weiteres Instrument für städtische Segregation, bei der Menschen aus ärmeren finanziellen Verhältnissen an die Außenränder der Stadt gedrängt werden.

Umfragen von InfoAmazônia schätzen, dass zwischen 200 und 500 Familien bereits aus ihren Häusern vertrieben wurden oder sich im Prozess der Zwangsräumung befinden. Die Mehrzahl von ihnen hat Entschädigungen zwischen 5.000 (781 Euro) und 41.000 Reais (6.400 Euro) angeboten bekommen. Die Räumungen nehmen keine Rücksicht auf Alter oder Familiensituation. Eine Anwohner\*in des Viertels Terra Firma ließ eine unabhängige Schätzung über den Wert ihres Hauses (vier Zimmer und ein kleiner Laden) vornehmen. Die Schätzung lag bei 150.000 Reais, der Bundesstaat bot ihr 48.000 Reais. Sie legte Klage dagegen ein und erhielt am Ende 85.000 Reais.

Neben den Flussanwohner\*innen der Kanäle gibt es weitere Zwangsumsiedlungen in der Vorbereitung der COP30. Sie betreffen die Projekte Avenida Liberdade und Estrada Nova. Von Seiten der Stadtverwaltung fehlt jede Transparenz, um die Zahl der Familien abzuschätzen, die ihr Leben an anderer Stelle fortsetzen müssen.

Einer der Sprecher der Gemeinschaft wirft den Projektplaner\*innen den typischen Reflex des Umweltrassismus vor. In den betroffenen Vierteln Guamá oder Terra Firma leben überwiegend Schwarze Menschen. Nachdem sie dort über Jahrzehnte von der Politik benachteiligt wurden, werden sie jetzt Opfer der Zwangsumsiedlung. Städtische Maßnahmen seien nie neutral, stärker benachteiligt sei durchweg die Schwarze Bevölkerung, Menschen, die in der Peripherie leben und Gemeinschaften mit weiblichen Sprecherinnen.

Die Kritiker\*innen erheben die Stimme, weil die städtischen Maßnahmen nur dem finanziell besser gestellten Bevölkerungsanteil zu Gute kommen werden, wohingegen die finanziell Ärmeren Opfer bringen müssen.

Der Bundesstaat Pará steht auch an anderer Stelle auf einem unrühmlichen Podest. Die Menschenrechtsorganisationen Terra de Direitos und Justiça Global haben gewaltsame Übergriffe gegenüber Menschenrechtsverteidiger\*innen in den Jahren 2023-2024 analysiert. In der Studie *Na Linha na Frente – Violência contra Defensoras e Defensores de Direitos Humanos no Brasil (2023-2024)*<sup>9</sup> sind 103 Fälle für Pará dokumentiert. Pará nimmt eine gewaltvolle Spitzenposition ein. Bei Tötungen folgt Pará auf den Bundesstaat Bahia an zweiter Stelle. Die Gewalt richtet sich zu 94% gegen Personen und Kollektive, die als Umweltschützer\*innen und Verteidiger\*innen von Territorien, also in Landkonflikten ihr Leben riskieren. Sie kämpfen an den Fronten der Zerstörung des Amazonasgebiets.

Man muss sich bewusst machen: Die Ausrichtung der COP30, einer der Konferenzen der Vereinten Nationen findet in dem Bundesstaat statt, der gleichzeitig die meisten und brutalsten Angriffe auf die Hüter\*innen des Waldes und traditionelle Lebensformen mit territorialem Gebietsanspruch verzeichnet.

Die Fälle, die für Pará aufgearbeitet wurden, reichen von Gewaltandrohungen über Morde, Attentate und die Kriminalisierung von Sprecher\*innen/Führungspersonen aus Gemeinschaften von Indigenen, bäuerlicher Familienlandwirtschaft, Quilombolas oder anderen traditionellen Gemeinschaften. Alle

---

<sup>9</sup> <https://terradedireitos.org.br/nalinhadefrente/>

sechs aufgearbeiteten Todesfälle standen in Zusammenhang mit Land- oder Territorialkonflikten und Umweltzerstörung.

Der Druck auf den brasilianischen Teil Amazoniens durch die Agrarindustrie, illegale Abholzungen und Bergbaueingriffe nimmt massiv zu. Die Daten der Studie appellieren daher an die Klimaverhandlungen der COP, neben technischen oder finanziellen Lösungen die soziale Dimension des Kampfes gegen den Klimawandel nicht zu vernachlässigen. Es braucht die Anerkennung der Verteidiger\*innen durch die Verhandlungen, sie müssen effektiv beteiligt werden, rät Darci Frigo, der Direktor von Terra de Direitos.

Eine ausführlichere Darstellung der Studie inklusive einer Beurteilung der bisherigen Politik zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen findet sich in dem aktuellen Artikel von Christian Russau<sup>10</sup> auf der KoBra Webseite.

Ausführliche Berichte zur Vorbereitung von Belém liefern die Briefings von Thomas Fatheuer<sup>11</sup>.

### 3. Aktuelles aus der Brasilienolidarität in Europa

Der **Runde Tisch Brasilien 2025<sup>12</sup> findet vom 24.-26.10. in der Evangelischen Akademie Bad Boll statt.** „Globale Umbrüche, lokale Kämpfe – Neue Allianzen für Klimagerechtigkeit“ lautet das Thema der Fachtagung, die sich an Referent\*innen aus der Projektarbeit mit Brasilien und an die an Brasilien interessierte Öffentlichkeit wendet. Die Tagung findet zweisprachig statt. Erwartet werden brasilianische Gäste aus dem Amazonasgebiet, Céara, Bahia, Minas Gerais und Maranhão, die mit uns über die Notwendigkeit von neuen Allianzen für Klimagerechtigkeit und die Vorhaben der Zivilgesellschaft bei den internationalen Klimaverhandlungen bzw. dem Gipfel der Zivilgesellschaft Cúpula dos povos diskutieren werden. Daneben werden die aktuelle politische Lage in Brasilien kurz vor der COP30 und die Entwicklungen in der internationalen Zusammenarbeit im globalen Rechtsruck thematisiert.

Die Anmeldung<sup>13</sup> zur Tagung wird dieses Jahr über die Akademie Bad Boll organisiert. Der blaue Button zur Anmeldung befindet sich unten rechts auf deren Seite.

Zwei weitere **Veranstaltungen** beschäftigen sich mit den Klimaverhandlungen der COP30:

- Am 22.09.2025 findet in Berlin um 18 Uhr die Veranstaltung **„Klimapolitik auf Kosten der Rechte indigener Völker – die Rolle des internationalen Handels mit CO2 -Zertifikaten im Vorfeld der COP30“<sup>14</sup>** statt. Eine Veranstaltung von Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), FIAN Deutschland, Forum Umwelt&Entwicklung, Heinrich-Böll-Stiftung, Klima-Bündnis und Misereor.  
**Bitte um Anmeldung [hier](#)** - ein detailliertes Programm folgt alsbald (unter diesem weblink).

---

<sup>10</sup> <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/gewalt-gegen-menschenrechtsverteidiger-innen-in-brasilien>

<sup>11</sup> <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/zweil-neue-briefings-auf-dem-weg-zur-cop30>

<sup>12</sup> <https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/runder-tisch-brasilien/rtb-2025-save-the-date-24-26-oktober-in-bad-boll>

<sup>13</sup> <https://www.ev-akademie-boll.de/tagung/431125.html>

<sup>14</sup> <https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/termine/klimapolitik-auf-kosten-der-rechte-indigener-voelker-die-rolle-des-internationalen-handels-mit-co2-zertifikaten-im-vorfeld-der-cop30>

- Am 1. Oktober hält Thomas Fatheuer um 19 Uhr einen Vortrag in Dortmund: **‘COP30 – Letzte Hoffnung Belém – Was bedeutet die COP30 für Brasilien und den Amazonas, für die Klimadebatte und die Klimakrise?’<sup>15</sup>**

**Misereor** bietet vom 29.08.2025 13 Uhr bis 30.08.2025 um 15 Uhr die Onlineveranstaltung **‘Bilateral – Multilateral – allen egal? Wer bezahlt Klimaschutz und Klimaanpassung im Globalen Süden?’<sup>16</sup>** an. Die Klimakrise trifft den Globalen Süden besonders hart, obwohl dieser historisch kaum zur Erderwärmung beigetragen hat. Die Tagung diskutiert gerechte Finanzierungsmodelle und konkrete Lösungen. Der Link wird nach Anmeldung zugesendet.

---

<sup>15</sup> <https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/termine/cop30-letzte-hoffnung-belem-was-bedeutet-die-cop30-fuer-brasilien-und-den-amazonas-fuer-die-klimadebatte-und-die-klimakrise>

<sup>16</sup> [https://www.misereor.de/bilateral-multilateral-allen-egal-wer-bezahlt-klimaschutz-und-klimaanpassung-im-globalen-sueden?utm\\_medium=email&utm\\_source=sfmc&utm\\_campaign=&utm\\_content=20250808+KA+Bilateral++Multilateral++Allen+egal&utm\\_term=https%3a%2f%2fwww.misereor.de%2fbilateral-multilateral-allen-egal-wer-bezahlt-klimaschutz-und-klimaanpassung-im-globalen-sueden](https://www.misereor.de/bilateral-multilateral-allen-egal-wer-bezahlt-klimaschutz-und-klimaanpassung-im-globalen-sueden?utm_medium=email&utm_source=sfmc&utm_campaign=&utm_content=20250808+KA+Bilateral++Multilateral++Allen+egal&utm_term=https%3a%2f%2fwww.misereor.de%2fbilateral-multilateral-allen-egal-wer-bezahlt-klimaschutz-und-klimaanpassung-im-globalen-sueden)